

# Der FUNKE

## TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint 6 mal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 2.- RM monatlich, ohne Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstraße 8 a, Postcheckkonto Hannover Nr. 238 44 (Willi Etzler, Berlin S 14, Inselstraße 8 a).

NUMMER 28 B

BERLIN • Mittwoch, den 3. Februar 1932

1. JAHRGANG

### Die deutsche Schwerindustrie: die Wunde im Westen.

Von Hellmut Rauschenplat.

I.

Vor einer Woche habe ich an dieser Stelle auseinandergesetzt, daß das deutsche Großgrundeigentum wie eine Wunde ist am deutschen Wirtschaftskörper. Es ist nicht die einzige wunde Stelle. Die zweitwichtigste ist die Schwerindustrie. Weil sie vor allem im Westen Deutschlands ihren Sitz hat, können wir diese Wunde — ohne uns grober Verallgemeinerungen schuldig zu machen — die Wunde im Westen nennen.

Dort sind stark mit einander verflochten: die Eisenindustrie, der Kohlenbergbau und die chemische Industrie. Der Kohlenbergbau liefert ein wichtiges Produktionsgut für die Eisenindustrie; die chemische Industrie verarbeitet unter anderem Abfallprodukte der Kohle. Der technischen Verknüpfung entspricht die privatwirtschaftliche Verknüpfung in Unternehmungen, Konzernen und Interessengemeinschaften. Ich will heute aus dieser Verknüpfung die Eisenindustrie herausgreifen und lediglich gelegentlich auf die Schwerindustrie als Ganzes hinweisen.

Zunächst wie bei dem Großgrundeigentum die Frage nach der Zahl der Unternehmungen. Der Bericht des Enquete-Ausschusses über die deutsche Eisenindustrie, dem ich auch im folgenden die meisten Angaben entnehme, zeigt klar, daß wenige große Firmen eine entscheidende Bedeutung haben.

1929 produzierten 28 Firmen Roheisen; 3 produzierten 69 Prozent der gesamten Erzeugung. 49 Firmen produzierten Stahlrohblöcke, davon 4 Firmen ebenfalls 69 Prozent. 22 Firmen lieferten Eisenhalbzeug für den Absatz, davon 3 Firmen 80 Prozent. Mit den Walzwerksprodukten steht es ganz ähnlich, wie die folgende Uebersicht zeigt:

Produkt	Zahl der Firmen	Größte Firmen	
		Zahl	Anteil an der Produktion
Eisenbahn-Oberbauzeug	10	2	70 %
Träger	9	3	72 %
Stabeisen	31	2	58 %
Bandeisen	18	2	57 %
Röhren	14	2	74 %
Grobbleche	22	4	80 %

In der Eisenindustrie waren bei der Betriebszählung von 1925 rund 320 000 Personen beschäftigt. Das größte Unternehmen, die Vereinigten Stahlwerke A.-G., beschäftigte in seiner besten Zeit in Eisenbetrieben rund 100 000.

Welche Bedeutung die Vereinigten Stahlwerke innerhalb der Eisensyndikate haben, geht aus folgenden Quoten (Beteiligungsziffern) hervor. Am 30. September 1929 betrug die Quote der Vereinigten Stahlwerke zum Beispiel beim

Roheisenverband (Verbrauchsbeitrag)	56 %
Grobblechverband	40 %
Röhrenverband	51 %

Ob wir also Produktions-, Arbeiter- oder Beteiligungsziffern betrachten, klar ist:

Es handelt sich um ganz wenige Unternehmungen, die entscheidend wichtig sind. — Sie werden beherrscht von ganz wenigen Personen, einigen Großaktionären und Generaldirektoren.

2.

Nach der wahrscheinlich übervorsichtigen Schätzung des Enquete-Ausschusses erhält die eisenerzeugende Industrie dank Zoll- und Monopolpolitik von den Eisenverbrauchern jährlich eine Subvention von mindestens 150 Millionen Mark.

Dabei behaupteten die Sachverständigen der eisenerzeugenden Industrie vor dem Enquete-Ausschuß, daß dieser Industrie auch die Jahre, die eine „volle Ausnutzung ihrer Anlagen gestatteten, keine Erträge gebracht haben, die mehr erlaubten als die allgemein übliche Instandhaltung der Anlagen und Verzinsung des Kapitals“. Wie ist das möglich?

In der gesamten Schwerindustrie (einschließlich Kohlenbergbau) standen die Anlagen 1924 — verhältnismäßig niedrig angesetzt — mit rund 2,5 Milliarden Mark zu Buch. Während der Jahre 1924—28 wurde da-

### Krieg ohne Kriegserklärung.

In Schanghai ist der General TAKAJANAGI zum Chef des japanischen Heeres ernannt worden. Das zweite japanische Geschwader hat den Befehl bekommen, nach Schanghai auszulassen. Alle japanischen Frauen und Kinder in Schanghai sind durch den japanischen Gesandten angewiesen worden, die Stadt zu verlassen. Die Schaffung einer neutralen Zone zwischen Chinesen und Japanern haben die Japaner abgewiesen. Das Hauptpostamt der internationalen Zone in Schanghai, das die Japaner am Montag besetzt hatten, haben sie wieder geräumt. Es verlautet, daß eine weißrussische Freiwilligen-Abteilung dort eingerückt sei.

In Kanton landeten 600 japanische Matrosen, ebenso wurden an anderer Stelle, in Swatau, Truppen gelandet.

An der Beschießung von Nanking beteiligten sich vier japanische Schlachtschiffe. (Wie nachträglich gemeldet wird, soll diese Beschießung nicht mit scharfen Granaten erfolgt, sondern als Demonstration gedacht gewesen sein.) In der Stadt herrscht Panik. Den Engländern und Amerikanern wurde von ihren amtlichen Vertretern geraten, die Stadt zu verlassen. Alle Vorstellungen des Bürgermeisters von Nanking gegenüber dem japanischen Generalkonsul blieben fruchtlos.

Die amerikanische Schlachtflotte verließ San Franzisko in der Richtung auf Hawaii. Der amerikanische Zerstörer, der vor Nanking lag, hat während der Beschießung

die Feuerzone verlassen. Wie der Kommandant meldet, ist die Beschießung seitens der Japaner ohne Warnung erfolgt.

Die Meldungen über einen angeblichen französisch-japanischen Geheimvertrag — die in Paris dementiert werden — haben in Washington große Erregung verursacht. Der französische Botschafter hat STIMSON versichert, daß Frankreich den Schutz der Fremden gemeinsam mit Amerika und England sichern werde. Die japanische Regierung gibt nach wie vor die Nachricht aus, die internationale Zone in Schanghai solle unberührt bleiben.

In Moskau ist man aufs äußerste besorgt. Man befürchtet, Unterstützung weißrussischer Aktionen in der Mandschurei durch die Tschechoslowakei. Es handelt sich vor allem um die Person GAJDAS, des früheren tschechischen Generalstabschefs, der aus der Haft entflohen ist. Die Prager Regierung hatten den Strafantritt GAJDAS als Begründung ihres Dementis benutzt gegenüber den russischen Gerüchten über Unterstützung weißrussischer Bestrebungen durch die Tschechoslowakei.

Aus China selber hört man einstweilen nur von den Aufrufen chinesischer Generäle und Minister zur Verteidigung gegen Japan. Auch der christliche General FENG hat einen solchen Aufruf erlassen. Eine formelle Kriegserklärung wird, wie verlautet, nicht beabsichtigt.

### Sozialversicherung bedroht.

h Berlin, 1. Februar.

Die Grundzüge des Gesetzentwurfes zur Aenderung der Sozialversicherung sind im Reichsarbeitsministerium fertiggestellt worden. Die drei wichtigsten aufgeworfenen Fragen sind: Müssen nicht angesichts der allgemeinen Senkung der Preise und Löhne auch die Leistungen der Versicherungen herabgesetzt werden? Kann man sich noch einen so großen Apparat für die Verwaltung der verschiedenen Versiche-

rungszweige leisten? Muß man nicht die Stellen, die in erster Linie die Lasten der Versicherung tragen, mehr als bisher an den Verwaltungsaufgaben beteiligen?

Die eigentliche Frage heißt also, wie man sieht: Muß man nicht die Sozialversicherungsbeiträge zur Unterstützung der Unternehmer verwenden?

### Zur Reichspräsidentenwahl.

Der von dem Berliner Oberbürgermeister SAHM geplante Ausschuß hat sich gestern abend gebildet. Nach seiner Meinung, die er in einem besonderen Aufruf ausdrückt, „will das Volk HINDENBURG“. Das den Aufruf unterschreibende Volk enthält u. a. die Namen DUISBERG (Reichsverband der deutschen Industrie), FISCHER (Hansabund), GESSLER, GRÜNFELD (Deutscher Einzelhandel), JARRES, JUNKERS, KLEEMANN (Vorstand der Dresdner Bank), MAURAUN, SCHREIBER (Bischof), SOLMSEN (DD-Bank). Auch Herr NOSKE befindet sich unter diesem Volk — wohin er auch gehört. Aufgefordert worden war auch THEODOR LEIPART vom ADGB, der aber nicht unterschrieben hat.

Wir halten es für selbstverständlich, daß die freien Gewerkschaften den abenteuerlichen Aufruf dieses Volksausschusses nicht unterschreiben. Hirsch-Dunckersche und christliche Gewerkschaften haben sich dem erwähnten Volk bereits untergeordnet. HINDENBURG wird als Volkskandidat empfohlen; denn „um diesen Namen leuchtet der Ruhm von Tannenbergl und die lebendige Erinnerung an das deutsche Heer des Weltkrieges, das vier Jahre lang den Boden der Heimat schützte und die deutschen Waffen siegreich in ferne Länder trug“. Vielleicht liest Herr Oberbürgermeister SAHM und das

hinter ihm stehende Volk auch die Kriegsgeschichte nach der Schlacht von Tannenbergl.

Abgesehen davon, daß das „Friedensdiktat“ von Versailles nicht dafür spricht, daß die deutschen Waffen siegreich gewesen sind, ist es bei der heutigen weltpolitischen Situation besonders töricht, mit militärischen Siegen zu prunken.

Diese Volksbewegung könnte als bloßer Spuk betrachtet werden, wenn die freien Gewerkschaften nicht in unbegreiflicher Entschlußlosigkeit die beste Zeit verstreichen ließen. Der Angriff ist seit jeher die beste Verteidigung gewesen. Wo bleibt die Parole der freien Gewerkschaften? Gerade bei der bestehenden Zersplitterung des Bürgertums für den Posten des Reichspräsidenten — Nazis und „Stahlhelmer“ denken noch nicht daran, sich in die Front für HINDENBURG einzureihen — müßte ein gemeinsamer Kandidat der Arbeiterschaft alle Chancen haben, zu siegen. Daß der Kandidat für die Arbeiterschaft nicht THÄLMANN sein kann, ist bei der heutigen Lage klar. THÄLMANN ist der Kandidat der KPD. Wenn die KPD die Einheitsfront will, muß sie sich bereit erklären, zu Gunsten dieser Einheitsfront Konzessionen zu machen, wie jeder andere, der an ihr teilnehmen will.

von 1 Milliarde Mark abgeschrieben, das heißt: dieser Betrag wurde einkalkuliert in die Warenpreise und so von den Eisenverbrauchern bezahlt. Diese Milliarde Mark stand zur Anlagenerneuerung und Verbesserung zur Verfügung.

Außerdem wurden in derselben Zeit rund Dreiviertel Milliarden fremdes Kapital neu in der Schwerindustrie angelegt. Dieses Kapital hat die Schwerindustrie nicht durch Verkauf von Aktien an sich gezogen, sondern durch den Verkauf festverzinslicher Schuldverschreibungen. Warum keine Aktien ausgegeben wurden, begründete JAKOB GOLDSCHMIDT, der Geschäftsinhaber der Danat-Bank, vor dem Enquete-Ausschuß so: Die Schwerindustrie habe keine Aktien ver-

kaufen können, weil es ihr nicht möglich gewesen sei, eine sichere Rentabilität zu versprechen; das hätte sie aber tun müssen, wenn sie Kapitalisten aufgefordert hätte, Aktien zu übernehmen. Eine bemerkenswerte Logik: Weil man den Kapitalgebern keine sichere Rentabilität in Aussicht stellen kann, darum sagt man ihnen feste Zinszahlungen zu! Auf wessen Kosten? — Wir werden sehen.

Die sogenannte Selbstfinanzierung (die Verwendung nicht ausgeschütteter Gewinne zur Erweiterung und Verbesserung der Anlagen) läßt sich zahlenmäßig leider nicht erfassen.

In den Jahren 1924-25 erhielt die Schwerindustrie im Ruhrgebiet rund 550 Millionen Mark Entschädigung-





## Hungern oder freiwilliger Arbeitsdienst?

Ein Kreisblatt schrieb vor einigen Tagen, daß in dem Städtchen S. „die Idee des freiwilligen Arbeitsdienstes (FAD) großes Interesse bei den jugendlichen Erwerbslosen erweckt“ habe. Diese jungen Menschen sollen dort „auch wirklich produktive Arbeit leisten. Bisher haben fünfzehn Erwerbslose Beschäftigung gefunden, und groß ist die Zahl der vorliegenden Anmeldungen zum FAD.“

Wie sieht dieser „freiwillige“ Arbeitsdienst in S. tatsächlich aus? An ihm beteiligen sich bisher nicht fünfzehn, sondern elf junge Erwerbslose. Diese sind unter Führung von zwei Waldarbeitern in zwei Waldarbeiterrotten aufgeteilt, die Fichten umlegen und daraus Grubenhölzer schlagen. Jeder, der in einem achtstündigen Arbeitstag ein Festmeter Grubenholz schafft, erhält pro Tag zwei Mark und ein warmes Mittagessen. Das Geld stellt das Arbeitsamt, und das Essen liefern einige Arbeitgeber aus S. Die Arbeiter wohnen und schlafen bei ihren Eltern.

Ist das überhaupt noch freiwilliger Arbeitsdienst? Nein, es ist ein Ausbeutungsverhältnis unter Umgehung der Sozialversicherung. Anders gesehen, entpuppt sich das ganze als gemeine Lohnrückerei: zirka 2,30 M. für einen Festmeter, während ein Waldarbeiter in S. für diese Arbeit 4,50 M. erhalten müßte. In wessen Tasche das erprobte Geld fließt, darüber hatten die Teilnehmer am Arbeitsdienst, die ich sprach, ihre eigenen Gedanken. Es ist nicht ausgeschlossen, daß das billige Grubenholz als Subvention an die Schwerindustrie geht.

Ueber das große Interesse am freiwilligen Arbeitsdienst erfuhr ich folgendes: Ein einundzwanzigjähriger und ein dreiundzwanzigjähriger Sohn einer Witwe nehmen an diesem Arbeitsdienst teil. Beide Söhne sind schon ausgesteuert und ihr Unterhalt fällt ihrer Mutter zur Last. Die Mutter hatte als Spulerin in der Weihnachtswoche vorigen Jahres zufällig einmal „gut“ verdient. Das Wohlfahrtsamt hatte daraufhin einen Monatsverdienst von 68 M. errechnet und lehnte die Unterstützung der Söhne ab. Der Verdienst ist inzwischen auf 15 M. im Monat gesunken. Aber das Wohlfahrtsamt geht nicht auf Einsprüche ein. So — durch *Hungern* — sind die Söhne reif gemacht worden für die Freiwilligkeit. Ähnlich ist es um das große Interesse der anderen jungen Erwerbslosen am *Freiwilligen Arbeitsdienst* bestellt.

Der Versuch, die jungen Erwerbslosen im Freiwilligen Arbeitsdienst wieder einer Beschäftigung zuzuführen, geht von der Reichsregierung aus. Daraus ergeben sich Gefahren für die Arbeiter! Erstens: der junge Erwerbslose fühlt sich ohnmächtig, weil diese Umgehung des Tarifwesens ihm vom Reich selber zugemutet wird, also von der Stelle, die ihn vor Ausbeutung schützen sollte. Zweitens: die Gefahr droht, daß aus der „freiwilligen“ Lohnrückerei unversehens eine allgemeine Arbeitsdienst-Pflicht wird. Hiergegen ist der Einzelne machtlos. Für die *Freien Gewerkschaften* liegen hier sehr bedeutsame Aufgaben: Sich der Rechte der erwerbslosen Jugend tatkräftig anzunehmen und sie dadurch zur Solidarität mit den Kollegen zu erziehen, und den Kampf aufzunehmen gegen diese raffinierte Durchlöcherung des Tarifwesens durch den Staat. F. L.

## „Eiserne Front“ in Kassel.

Vor kurzem fand die erste Kundgebung der „Eisernen Front“ in Kassel mit 4500 Menschen statt.

Die Versammlung war überwiegend von Arbeitern besucht. Es herrschte eine gute und ernste Stimmung. Redner waren: KÜNSTLER-Berlin (SPD), und NOWACK, der zweite Gauvorsitzende des Berliner „Reichsbanners“. Wichtig war, daß in den Reden die Gefahr des Faschismus nicht nur in ihrer Bedeutung für Deutschland, sondern auch in ihrer Bedeutung für Europa klargestellt wurde: Wird in Deutschland der Faschismus besiegt, dann ist für die ganze europäische Reaktion der schwarze Tag angebrochen! KÜNSTLER ging auf das Anwachsen des deutschen Faschismus ein. Hier fehlte es an politischer Einsicht. Die Orientierung der absinkenden Mittelschichten an der NSDAP statt an sozialistischen Parteien ist auf die Theorie und Praxis gerade der Sozialdemokraten zurückzuführen. Der Redner nannte als Ursache für den deutschen Faschismus das internationale Durcheinander, die Wirtschaftskrise, die ökonomische Gleich-

gewichtsverschiebung und die wirtschaftlichen und politischen Umformungsvorgänge im Gefolge des Weltkriegs. Er meinte, der internationale Kapitalismus werde mit den von ihm selbst hervorgerufenen Problemen nicht fertig.

Diesen Satz hören Antifaschisten im allgemeinen gern. Er ist trotzdem nicht richtig.

Das Vorhandensein von Arbeitern in den Formationen der NSDAP sieht auch KÜNSTLER. Er meint hierzu aber in dem alten naiven Optimismus, Fürsten und Arbeiter hielten es nicht lange zusammen in einer Organisation aus. Ein solches Bündnis sei von vornherein zum Absterben verurteilt. Dabei scheint KÜNSTLER die vielen Erfahrungen der Vergangenheit vergessen zu haben, die gezeigt haben, daß feudale und kapitalistische Kräfte sehr wohl und auf die Dauer mit Arbeitern in politischen Organisationen zusammengingen. Man braucht ihn nur an die vielen unter reaktionärer Leitung stehenden Arbeitervereine der Vorkriegszeit zu erinnern und an das starke Band, mit welchem der Erzfeind des Sozialismus, die Kirche, noch heute Millionen von Arbeitern festhält. Übrigens hat auch die „Eiserne Front“ heute bereits ihren Prinzen VON UND ZU LÖWENSTEIN. Und wenn KÜNSTLER glaubt, den von FRICK in Frankfurt a. O. den marxistischen Funktionären angesagten Kampf auf Leben und Tod damit abzuwehren zu können, daß er verkündet, die Fäuste von 10000 marxistischen Funktionären seien kräftiger als die von Fürsten, Offizieren und Trabanten der Schwerindustrie, so stimmt das wohl für die Fäuste, aber nicht für die Gelder und die mit diesem Geld besoldeten Truppen.

Auch wird der bäuerliche Anhang der NSDAP vielleicht noch stärkere Fäuste aufzubieten haben als die marxistischen Funktionäre. Daher sollte KÜNSTLER andere Methoden als das Renommieren Hitlers anwenden. Wir haben genug von diesen Bardengesängen: „Wir haben jetzt Januar 1932. In elf Monaten wird HITLER der Vergangenheit angehören!“

Sehr sympathisch waren die Forderungen, die NOWACK an die Regierung richtete. Er verlangte von der Regierung Erfüllung der ihr in der Reichsverfassung in bezug auf Wirtschaft, Sozialpolitik und gerechte Justiz vorgeschriebenen Aufgaben. Wenn die Regierung statt ihre Feinde weiter ihre Freunde bekämpfe, könne sie bald einpacken.

Bedauerlich ist, daß die Kundgebung der „Eisernen Front“ in Kassel in der Vorbereitung und Durchführung sich wieder als eine unter der Regie der SPD stehende Veranstaltung erwies — die Zugkraft der „Eisernen Front“ würde stärker sein ohne diesen Regisseur; die Abwehr des Faschismus geht uns alle an, wir brauchen dazu nicht die Obhut einer Partei, der wir keinen Respekt schulden. T. H.

## Öffentliche Versammlungen des ISK:

**Berlin:** Dienstag, den 2. Februar, Bezirk Reinickendorf, 20 Uhr, Vereinshaus „Sachse“, Ecke Thuner Straße und Holländerstraße. Thema: Der ISK und die Krise der Arbeiterbewegung.

Donnerstag, den 4. Februar, Bezirk Prenzlauer Berg, 20 Uhr, Casino-Festsäle, Pappelallee 15. Thema: Die Stellung des ISK zur Präsidentenwahl.

**Hamburg:** Donnerstag, den 4. Februar, 20.15 Uhr, Volksheim Hammerbrook, Sachsenstr. 21. Werbe-Kundgebung für den „Funken“, Redner: Allan Flanders (England).

Freie Aussprache.

Eintritt frei.

## Deutschlands Bevölkerung wächst.

Volkswirte behaupten vielfach, daß sich nach etwa zehn Jahren ein gewaltiger Rückgang der Bevölkerung bemerkbar machen wird. Es wird geradezu prophezeit, daß dann statt der jetzt herrschenden Arbeitslosigkeit ein Mangel an Arbeitern eintreten wird. Solche „Hoffnungen“, die z. B. an ein 1929 von BURGDÖRFFER veröffentlichtes Buch über den Geburtenrückgang anknüpfen, sind aber, wie sorgfältige Berechnungen des Mathematikers Mises in den „Naturwissenschaften“ (1932, Heft 4) zeigen, durchaus unberechtigt; sie beruhen auf falschen Berechnungsmethoden des Bevölkerungszuwachses.

Wenn nicht besondere Umstände eintreten, müssen wir erwarten, daß die Bevölkerung von rund 63 Millionen im

Jahre 1925 auf 70 Millionen im Jahre 1945 ansteigt. Weitere Voraussagen, also über mehr als 20 Jahre hinaus, sind unsicher und daher praktisch bedeutungslos. Nur unter der Annahme, daß die Umstände auch dann noch die gleichen sind wie heute, müßte man mit einer Bevölkerungsabnahme rechnen. Aber werden die Bedingungen die gleichen sein? Man bedenke z. B. nur, daß noch im Jahre 1900 von 100 000 Geborenen durchschnittlich etwa 68 000 ein Alter von 25 Jahren erreichten, 1925 aber 81 000.

Es ist also nichts mit der Hoffnung, daß die Arbeitslosigkeit in absehbarer Zeit durch Bevölkerungsabnahme verschwinden wird. Aber auch von einem tatsächlichen Bevölkerungsschwund wäre noch nicht viel zu erwarten, denn Deutschland hat durch den Krieg 5,3 Millionen Menschen verloren und dennoch herrscht jetzt gewiß kein Mangel an Arbeitskräften. (Von den 5,3 Millionen entfallen 1,8 Millionen auf Vermehrung der Todesursachen, 3,5 auf Verminderung der Geburten). Bg.

## Spanien in Aufruhr!

Ueber dieses Thema sprechen am Mittwoch, dem 3. Februar, um 20 Uhr, in den Andreassälen, Berlin, Andreassstraße 21:

**Rudolf Rocker Augustin Souchy  
Karl Korsch**

## Rundfunksendungen, die wir zur Beachtung empfehlen.

Mittwoch, den 3. Februar.

Breslau:

18.00 LENZNER: Probleme der Arbeiterbildung. (Vergleiche dazu: NELSON: „Nicht bürgerliche, sondern proletarische Bildungsarbeit“. D. Red.).

Königs wusterhausen:

11.30 Die Umstellung der Geflügelzüchtung auf wirtschaftseigene Futtermittel.

Langenberg:

19.30 SOLLMANN: Zur Reichsreform.

20.00 Karneval. (Durch fast alle deutschen Sender können wir aus Langenberg hören, wie gut dem Spießer der Narr steht. D. Red.).

## BESTELLSCHEIN

Hiermit bestelle ich die Tageszeitung „Der Funke“ vom ..... ab zum Preise von monatlich 2.— RM zuzüglich Bestellgeld.

Name

Ort

Straße und Hausnummer

Bitte ausgefüllt Ihrem Briefträger übergeben oder — mit 4 Pf. frankiert — an den Verlag senden: IVA, Berlin S 14, Inselstr. 8a.

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: E. Deppe, Berlin. Verlag: Internation. Verlagsanstalt GmbH, Berlin S 14, Inselstr. 8a. Tel.: F 7 Jannowitz 5909. Druck: A. Janiszewski, Buchdruckerei n. Verlag GmbH, Berlin SO 36, Elisabeth Ufer 28/29.

## A. JANISZEWSKI

BUCHDRUCKEREI UND VERLAG/GMBH



Berlin SO 36, Elisabethufer 28-29  
Telefon: Sammler. F 1 Moritzplatz 3471

druckt

Flugblätter,  
Zeitungen,  
Zeitschriften  
und jede Art  
Geschäfts-  
drucksachen

## ISK

Zeitschrift des Internationalen Sozialistischen Kampf-Bundes

Der „ISK“ behandelt alle wichtigen Fragen des Klassenkampfes.

Er gehört in die Hand aller denkenden Menschen als

**Waffe im Kampf gegen die Ausbeutung!**

Einzelhefte 20 Pf. — Die deutsche Ausgabe des „ISK“ erscheint monatlich und kostet 20 Pf., ausschließlich Porto

IVA G. m. b. H., Berlin S 14, Inselstr. 8 a

## Arbeiterkinderhelm

Müden a. d. Oertze, Kr. Celle, nimmt ab Ostern wieder Kinder auf. Tagessatz 1,20 M, Kinder unter 10 Jahren 1,— M.

Etty Gräffe

## Sprechapparate

Koffer • Schatullen • Schränke

## Schallplatten

für Konzert und Unterhaltung in allen Preislagen

## Otto Pfothhauer

Weimar, Röhrstraße 40  
Verlangen Sie Angebot!

## Pflanzen-Butter

(vegetabile Margarine)

garantiert reine Nuß-Fette

Sonder-Angebot:

Post-Päckchen 3 Pfd. netto nur 2,20 RM.  
Frei Haus gegen Voreinsendung auf  
Postscheck Magdeburg 179 24.

Frischkost-Reformhaus

**Ernst Held, Magdeburg**

Otto v. Guerickestraße 104.

## Kaut

bei den Inserenten des  
„Funken“!

## Ohne revolutionäre Theorie keine revolutionäre Praxis!

## Lest die politischen Schriften Leonard Nelsons,

die gerade in der heutigen Zeit des Chaos und der Ziellosigkeit besondere Bedeutung haben. Der Einführung in Nelsons Ideen dient vor allem die Schrift:

## Öffentliches Leben

35 Seiten

80 Pfennige

Zu beziehen durch jede Buchhandlung od. direkt vom Verlag (Postsch. : Hannover 60643)

**Verlag „Öffentliches Leben“ / Berlin S 14**



# Die Maschine setzt Arbeiter frei.

## Das behaupten:

**Karl Marx:** „Je mehr sich die Teilung der Arbeit und die Anwendung der Maschinerie ausdehnt, um so mehr dehnt sich die Konkurrenz unter den Arbeitern aus, je mehr zieht sich ihr Lohn zusammen.“ („Lohnarbeit und Kapital.“)

**Die „Rote Fahne“:** „Immer mehr Arbeitskräfte setzt die Rationalisierung frei, immer größer wird das Heer der Arbeitslosen.“ (Nr. 54, vom 18. Juli 1926.)

**Der „Vorwärts“:** „Die Arbeiterschaft muß heute einen großen Teil der sozialen Lasten für Erwerbslose und anderes tragen. Unter diesen sind viele, die durch ihren er-

finderischen Geist Technik und Rationalisierung gefördert und die Möglichkeit zu ihrem Abbau geschaffen haben.“ (Nr. 18, vom 12. Januar 1927.)

**Tarnow:** „Eine der wichtigsten Ursachen der wachsenden Arbeitslosigkeit ist die überstürzt betriebene Rationalisierung der deutschen Produktion. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)“ (Im Reichstag, nach „Vorwärts“, Nr. 246, vom 28. Mai 1930.)

**Schiele:** „Der schier ungehemmte Siegeszug der Maschine durch die Welt ist längst beendet. Er hat 20 Millionen Erwerbstätige aus der Bahn geworfen.“ (Reichsernährungsminister SCHIELE in einem Weihnachtsartikel der „Landwirtschaftlichen Wochenschau“, 1931.)

Produktes zu gute? Es ist doch denkbar, daß die Arbeiter von dem Unternehmer bei Androhung von Streik oder gar Kündigung verlangen, daß er ihre Löhne erhöht oder ihre Arbeitszeit verkürzt. Und es ist auch denkbar, daß im Konkurrenzkampf die Preise so lange sinken, bis der Unternehmer keinen höheren Gewinn am Stück hat als vor der Rationalisierung. All dies ist aber nur unter gewissen Voraussetzungen möglich. Die Arbeiter können von dem Unternehmer nur dann mehr Freizeit und höhere Löhne erzwingen, wenn sie die Macht dazu haben. — wenn ihnen nicht Arbeitslose in den Rücken fallen, wenn vielmehr die Unternehmer durch ihre Konkurrenz um die Arbeiter die Löhne in die Höhe treiben. Die Preise können nur dann herunter konkurriert werden, wenn der Unternehmer kein Monopol auf die Herstellung des Produktes hat.

Damit haben wir festgestellt, unter welchen Bedingungen der Unternehmer den Rationalisierungsgewinn einstecken kann: Er kann dies tun, wenn unter den Unternehmern keine Konkurrenz bei der Erlangung von Arbeitskräften und keine Konkurrenz beim Verkauf der von ihm hergestellten Produkte besteht, kurz: wenn er ein Monopolist ist.

Es ist also falsch, ohne jede Einschränkung zu behaupten: Die Maschine setze Arbeiter frei; die Rationalisierung sei die Ursache der Wirtschaftskrise. Solche Behauptungen lenken von der wirtschaftlichen Krisenursache ab, die in den Monopolen zu suchen ist. Es ist wohl richtig, daß die Rationalisierung die gegenwärtige Krise verschärft hat, aber nur deshalb, weil die Rationalisierungsgewinne — auf Grund von Monopolen — allein von den Unternehmern eingesteckt werden konnten. — In einer von Monopolen freien Wirtschaft setzt die Maschine keine Arbeiter frei.

Helene Beyer.

# Setzt die Maschine Arbeiter frei?

Vor kurzem wurde im „Funken“ mitgeteilt, daß zum 1. Februar 1000 Arbeiter der Zeche Zollverein der Vereinigten Stahlwerke entlassen werden. Der Entlassungsgrund ist die Inbetriebsetzung einer neuen Förderanlage.

Mancher Leser wird mit Erbitterung gedacht haben: Wieder ist es die Rationalisierung, die unser Elend vergrößert. — Die Maschine setzt Arbeiter frei. Diese Behauptung hört man oft. Und viele Arbeiter sehen in der Rationalisierung die Ursache ihres Elends.

Ist tatsächlich der technische Fortschritt der Feind der Proletarier? Oder müssen erst bestimmte Voraussetzungen vorhanden sein, damit die Rationalisierung zu Arbeitslosigkeit und Wirtschaftskrise führt?

Zunächst sollte man doch meinen, daß technische Verbesserungen an dem Arbeitsprozeß die Lebensbedingungen der Menschen erleichtern. Wenn sich beispielsweise eine Schneiderin eine Nähmaschine anschafft, hat sie davon einen Vorteil. Sie kann diesen Vorteil auf verschiedene Weise ausnutzen: Entweder sie näht nicht mehr Kleidungsstücke als vor der Anschaffung der Maschine, dann hat sie bei gleichem Lohn mehr Freizeit als vorher. Oder sie arbeitet ebenso lange wie vorher, dann schafft sie mehr Kleidungsstücke und erhält entsprechend mehr Lohn.

In der Zeche Zollverein und in vielen anderen Unternehmungen ist es offenbar anders. Dort wird, wie bei der Schneiderin, eine technische Verbesserung eingeführt; aber die Arbeiter haben keinen Vorteil davon. Sie haben weder mehr Freizeit bei gleichem Lohn, noch mehr Lohn bei gleicher Arbeitszeit. Ein Teil von ihnen hat sogar den Nachteil, arbeitslos zu werden.

Wenn also überhaupt ein Vorteil bei der Rationalisierung herausgekommen ist, dann hat ihn offenbar jemand anders eingesteckt als die Arbeiter des betreffenden Betriebes. In der Tat wird jeder Gewinn in der kapitalistischen Wirtschaft, der sich beim Verkauf von Produkten erzielen läßt, zunächst von den Kapitalisten eingesteckt. Ihnen kommt also auch, zum mindesten zunächst, der Rationalisierungsgewinn zu gute.

Der Kapitalist kann nun diesen Gewinn auf verschiedene Art verwenden. Er hat fünf Möglichkeiten, die natürlich auch kombiniert werden können.

1. Der Unternehmer entläßt alle Arbeiter, die infolge der Rationalisierung überflüssig geworden sind. Er verkauft seine Produkte in den alten Mengen zu den alten Preisen und zahlt seinen Arbeitern die alten Löhne aus. In diesem Fall behält der Unternehmer den Gewinn.

2. Der Unternehmer entläßt alle Arbeiter, die infolge der Rationalisierung überflüssig geworden sind. Er verkauft seine Produkte in den alten Mengen zu den alten Preisen; er erhöht die Löhne der verbleibenden Arbeiter so weit, als es der Rationalisierungsgewinn zuläßt. In diesem Fall erhalten die verbleibenden Arbeiter den Gewinn.

3. Der Unternehmer entläßt keine Arbeiter. Er verkauft seine Produkte in den alten Mengen zu den alten Preisen. Er kürzt die Arbeitszeit seiner Arbeiter um die Stunden, die durch die Rationalisierung überflüssig geworden sind. In diesem Fall erhalten die sämtlichen Arbeiter des Betriebs den Gewinn, in Gestalt verlängerter Freizeit.

4. Der Unternehmer entläßt keine Arbeiter. Er senkt die Preise um den Betrag, den der Gewinn ausmacht. Er verkauft daraufhin so viel mehr, daß er alle Arbeiter behalten muß. In diesem Fall erhalten die Konsumenten des betreffenden Gutes den Gewinn.

5. Der Unternehmer entläßt alle Arbeiter, die infolge der Rationalisierung überflüssig geworden sind, und zahlt den verbleibenden Arbeitern die alten Löhne aus. Er senkt die Preise um den Betrag, den der Gewinn ausmacht, verkauft aber nur die alten Mengen. Auch in diesem Fall erhalten die Konsumenten des betreffenden Gutes den Gewinn.

Welche Art der Verwendung des Rationalisierungsgewinns führt nun zu Arbeitslosigkeit und Krisen?

Wenn der Unternehmer den Gewinn behält, werden Arbeiter entlassen. Da er aber den Gewinn nicht in den Strumpf steckt, sondern ihn entweder selber zum Einkauf irgend welcher Produkte benutzt oder ihn verleiht, sodaß andere damit einkaufen, so ist zunächst nicht einzusehen, wieso hier, abgesehen von Umstellungsschwierigkeiten, eine Krise entstehen könnte. — Ähnlich liegt es im zweiten Fall: Auch hier werden in der rationalisierenden Industrie Arbeiter entlassen. Aber die verbleibenden Arbeiter erhalten entsprechend höhere Löhne; sie kaufen infolgedessen mehr als vor der Rationalisierung, und deshalb können an anderer Stelle die entlassenen Arbeiter eingestellt werden. — Im dritten und vierten Fall kommt es gar nicht erst zu Entlassungen. — Wenn die Konsumenten den Gewinn erhalten und nicht mehr von dem betreffenden Produkt kaufen wie im fünften Fall, dann werden zwar in der rationalisierten Industrie Arbeiter überflüssig, aber die Konsumenten kaufen jetzt insgesamt mehr Produkte als vor der Preisenkung, und an der Stelle, wo die größere Nachfrage entsteht, werden die entlassenen Arbeiter wieder eingestellt.

Nach diesen Ueberlegungen sieht es nun so aus, als ob durch Rationalisierung höchstens Umstellungsschwierigkeiten entstehen könnten, aber keine Krise.

Es bleibt jedoch noch zu untersuchen, was für Produkte in den einzelnen Fällen mit dem Rationalisierungsgewinn gekauft werden. Wird er nämlich dazu benutzt, den Produktionsapparat zu erweitern, dann kann es geschehen, daß dieser Produktionsapparat im Verhältnis zur vorhandenen wirksamen Nachfrage nach Konsumgütern zu groß wird und daß es dann zu Krisen kommt. (Vergleiche hierzu in Nr. 2 des „Funken“: „Ein Kapitel Krisentheorie.“)

Wenn den Arbeitern oder den Konsumenten die Kaufkraft zunächst verteilt sie sich auf so viele Menschen, daß kaum ein Schade entstehen kann; denn es werden dann ganz verschiedene Anschaffungen damit gemacht; in der Hauptsache werden Konsumgüter gekauft werden. Anders ist es, wenn der Unternehmer den Rationalisierungsgewinn selber behält. Er kann dann seinen Produktionsapparat ausdehnen und verbessern ohne Rücksicht auf die Konsumentenkaufkraft; unter dem Druck der Konkurrenz wird er es meist tun. Die Folge wäre zunächst der schon geschilderte Vorgang: Die in der rationalisierten Industrie entlassenen Arbeiter werden dort eingestellt, wo der Unternehmer mit dem Rationalisierungsgewinn Produktionsmittel nachfragt. Aber wer kann nun die Produkte kaufen, die mit den neuen Produktionsmitteln hergestellt werden können? Bevor der Unternehmer die neuen Produktionsmittel in Betrieb nahm, reichte der vorhandene Produktionsapparat aus, um die wirksame Nachfrage nach Konsumgütern zu befriedigen. Die zusätzlichen Produkte könnten demnach nur dann abgesetzt werden, wenn die Kaufkraft für Konsumgüter inzwischen größer geworden ist. Dafür ist jedoch kein Anlaß vorhanden. Sie hat weder durch die Rationalisierung noch durch die mit dem Rationalisierungsgewinn vorgenommene Betriebsausdehnung eine Steigerung erfahren. Der Unternehmer gerät also in Absatzschwierigkeiten. Wenn wir nun bedenken, daß in Wirklichkeit nicht nur ein Unternehmer rationalisiert und den Gewinn in Produktionsmitteln anlegt, sondern daß der hier geschilderte Prozeß in jeder Volkswirtschaft sich unzählige Male abspielt, dann können wir verstehen, daß es auf diese Weise zu einer Krise kommen kann.

Aber warum behält der Unternehmer den Rationalisierungsgewinn? Warum kommt der Vorteil nicht den Arbeitern oder den Konsumenten des betreffenden

## Die Maschine.

Zwei Freunde vor einer riesigen Maschine:  
„Diese Maschine ist instand, hundert Arbeiter zu ersetzen,“ sagt der Chefingenieur der Fabrik.  
„Besser wäre es, sie ersetzte hundert Käufer,“ sagte der Freund. (Aus der „Vossischen Zeitung“.)

## Außenhandelspolitik = Politik gegen den Außenhandel.

### Schweiz.

Der Handelsvertrag zwischen der Schweiz und Deutschland ist zum 4. Februar von der Schweiz gekündigt worden, die sich gegen die deutsche Einfuhr mehr als bisher absperrn will. Auf Grund der beiderseitigen Zusicherungen soll die Wareneinfuhr künftig gegenseitig auf dem Fuß der Meistbegünstigung behandelt werden, das heißt: Zoll-erhöhungen sollen nur so weit eintreten, daß die Einfuhr aus Deutschland bzw. aus der Schweiz nicht schlechter behandelt wird als die Einfuhr aus anderen Ländern. Für manche Waren setzt die Schweiz Einfuhrkontingente (beschränkte Mengen) fest, nach deren Überschreitung ein erhöhter Zollsatz angewandt wird; sie tut das zum Teil auch gegenüber anderen Staaten. Die Schweizer Regierung betont ausdrücklich, daß ihre Maßnahmen sich nicht besonders gegen Deutschland richteten, sondern gegen die Einfuhr überhaupt; sie hofft, durch ihre Maßnahmen die Weiterbeschäftigung von 65—70 000 Schweizer Arbeitern zu sichern. Durch Verhandlungen habe sie die deutsche Einfuhr um 36 Millionen Mark herabsetzen wollen; durch ihre jetzigen Maßnahmen werde die deutsche Einfuhr um 46 Millionen Mark herabgedrückt. (1929 und 1930 betrug die Schweizer Einfuhr nach Deutschland je rund 630 Millionen Mark.)

### Frankreich.

Frankreich hat bisher 72 Prozent der durchschnittlichen Kohleneinfuhr der drei letztvergangenen Jahre herein gelassen; das Kontingent ist soeben auf 64 Prozent herabgesetzt worden.

Frankreich hat, wie sich aus einer Beschwerde der Schweiz ergibt, von einem Tag auf den anderen ohne vorherige Mitteilung die Einfuhr elektrotechnischer Apparate kontingentiert. Die Schweiz behauptet, das sei ein klarer Vertragsbruch.

### Schweden.

Schweden hat kurzerhand die Einfuhr von Kaffee, Kraftwagen, Kakao und Seide verboten, weil über Zollerhöhungen im schwedischen Reichstag verhandelt wird und vermieden werden soll, daß kurz vor Toresschluß noch große Warenmengen nach Schweden eingeführt werden. Schon nach zwei Tagen wurden neue Zollsätze wirksam und die Einfuhrverbote aufgehoben. — Dieses Verfahren wird Herr SCHIELE, wie wir befürchten, bei nächster Gelegenheit auch anwenden. (Während der Diskussion über Butterzollerhöhungen ist bekanntlich außerordentlich viel Butter nach Deutschland eingeführt worden!)

### Subventionen überali.

Die Französisch-Nordafrikanische Bank und die Französisch-Afrikanische Bank, zwei Kolonialbanken, die in Zahlungsschwierigkeiten gekommen sind, sollen mit Staatshilfe gestützt werden. Die französische Kammer hat hierzu ihre Genehmigung erteilt.

### Drei- bis sechsfache Bürgersteuer.

Nach einer Statistik des Reichsstädtebundes über die Erhebung der Bürgersteuer in etwa 1000 mittleren und kleinen Städten während des Jahres 1931 ergibt sich: In zahlreichen Gebieten bildet die Erhebung der dreifachen Bürgersteuer die Regel. 53 Städte erheben mindestens die vierfache Bürgersteuer; darunter befinden sich 8 preussische, 12 sächsische und 31 thüringische Städte. Dabei sind eine preussische und 12 thüringische Städte, die die fünffache Bürgersteuer erheben, und zwei thüringische Städte, in denen sogar die sechsfache Bürgersteuer erhoben wird. Im ehemaligen Reich des Herrn FRICK ist die Kopfsteuer also allgemein besonders hoch, weil dort die Gemeindefinanzen besonders in Not sind.

## Steigende Tribute an die Schwerindustrie.

Preis für 1 Tonne Gießerei-Roheisen III in Mark

	1909/13	1913	1925	1926	1927	1928	1929	1930	1931	Dez. 1931
Deutschland . . . . .	66	75	89	86	83	82	84	84	78	73
Belgien . . . . .	58	66	68	66	76	69	72	62	48	47
Unterschied . . . . .	8	9	21	20	7	13	12	22	30	26

Preis für 1 Tonne Stabeisen in Mark

	1913	1925	1926	1927	1928	1929	1930	1931	Dez. 1931
Deutschland . . . . .	109	132	134	134	139	141	189	127	115
Belgien . . . . .	117	113	104	97	115	116	97	69	55
Unterschied . . . . .	—8	19	30	37	24	25	42	58	60